

Übersicht

Vorwort . . . . .	V
Die Bearbeiter . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXV
Literaturverzeichnis . . . . .	XLI

Teil 1 Das Mandat im Verwaltungsrecht

Kapitel 1: Annahme des Mandats . . . . .	3
Kapitel 2: Worauf der Fachanwalt zuerst achten muss . . . . .	7
Kapitel 3: Was tun bei bestandskräftigen Verwaltungsakten? . . . . .	17
Kapitel 4: Wie teuer wird die Angelegenheit? . . . . .	27
Kapitel 5: Das Honorar des Rechtsanwalts, insbesondere Honorarvereinbarungen und Abrechnung nach dem RVG im Verwaltungsrecht. . . . .	43

Teil 2 Die Handlungsformen öffentlicher Verwaltung, das behördliche  
Verfahren und die Durchsetzung behördlicher Entscheidungen

Kapitel 6: Die anwaltliche Mitwirkung beim Erlass eines Verwaltungsakts, einer Satzung oder Verordnung und in der Leistungsverwaltung . . . . .	105
Kapitel 7: Geltendmachen von Leistungs- und Unterlassungsansprüchen gegen die Behörde, insbesondere behördliche Zuständigkeiten, Rechtsschutz bei Leistungsverweigerung und gegen schlicht hoheitliches Handeln der Behörde . . . . .	117
Kapitel 8: Einflussmöglichkeiten des Mandanten bis zum Erlass einer Verwaltungsentscheidung, insbesondere Akteneinsicht, Rechtsschutz. . . . .	123
Kapitel 9: Die Hinzuziehung des Mandanten als Beteiligter im Verwaltungsverfahren, Rechtsschutz . . . . .	137
Kapitel 10: Die Besonderheiten des Planfeststellungsverfahrens im Verhältnis zum Verwaltungsverfahren – Rechtsschutz gegen Planfeststellungsbeschlüsse. . . . .	141
Kapitel 11: Wiederaufgreifen des Verfahrens und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsschutz . . . . .	151
Kapitel 12: Dritt-/Nachbarschutz im Verwaltungsrecht. . . . .	159
Kapitel 13: Abwehransprüche bei belastenden behördlichen Entscheidungen, Antrag auf Aussetzung der Vollziehung, Funktion und Wirkung von Schutzschriften. . . . .	163
Kapitel 14: Verwaltungsvollstreckung und Rechtsschutz . . . . .	167
Kapitel 15: Mediation im Verwaltungsrecht: Nutzen für den Anwalt, seinen Mandanten und die Verwaltungsbehörde . . . . .	193

Teil 3 Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz

Kapitel 16: Besonderheiten verwaltungsgerichtlicher Verfahren, Abgrenzung zum Zivilprozess . . . . .	215
---	-----

Kapitel 17:	Vorverfahren . . . . .	229
Kapitel 18:	Zuständiges Verwaltungsgericht . . . . .	237
Kapitel 19:	Die Klagen und Anträge . . . . .	243
Kapitel 20:	Beteiligte am Verwaltungsprozess . . . . .	289
Kapitel 21:	Klage-/Antragsbefugnis des Klägers . . . . .	295
Kapitel 22:	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	307
Kapitel 23:	Richtiger Beklagter . . . . .	315
Kapitel 24:	Beteiligung Weiterer, insbesondere Beiladung . . . . .	319
Kapitel 25:	Fristen im Verwaltungsprozess . . . . .	327
Kapitel 26:	Verfahren nach der Klageerhebung . . . . .	333
Kapitel 27:	Das Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO, insbesondere Statthaftigkeit und Voraussetzungen eines erfolgreichen Antrags . . . . .	345
Kapitel 28:	Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO . . . . .	399
Kapitel 29:	Das Normenkontrollverfahren gem. § 47 VwGO . . . . .	419
Kapitel 30:	Rechtsbehelfe gegen gerichtliche Entscheidungen . . . . .	431
Kapitel 31:	Die Verfassungsbeschwerde . . . . .	475
Kapitel 32:	Rechtsschutz beim Gerichtshof der EU und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte . . . . .	481

#### **Teil 4 Der Fachanwalt als Projektmanager**

Kapitel 33:	Einleitung . . . . .	503
Kapitel 34:	Gerichtsfeste Betriebsorganisation am Beispiel des Arbeitsschutz- und Umweltrechts . . . . .	505
Kapitel 35:	Gestaltung öffentlich-rechtlicher Verträge . . . . .	567

#### **Teil 5 Kernbereiche des Verwaltungsrechts**

Kapitel 36:	Öffentlich Private Partnerschaften . . . . .	645
Kapitel 37:	Bauverwaltungsrecht . . . . .	745
Kapitel 38:	Beamtenrecht . . . . .	937
Kapitel 39:	Ausländerrecht . . . . .	1031
Kapitel 40:	Kommunalabgabenrecht . . . . .	1293
Kapitel 41:	Staatshaftungsrecht . . . . .	1479
Kapitel 42:	Vergabe öffentlicher Aufträge . . . . .	1595
Kapitel 43:	Abfallrecht . . . . .	1767
Kapitel 44:	Immissionsschutzrecht . . . . .	1791
Kapitel 45:	Wasserrecht . . . . .	1879
Kapitel 46:	Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	1921

---

Kapitel 47:	Schul- und Hochschulrecht .....	1971
Kapitel 48:	Luftverkehrsrecht .....	2051
Kapitel 49:	Straßenrecht .....	2175
Kapitel 50:	Fahrerlaubnisrecht .....	2237
Kapitel 51:	Staatliche Beihilfen .....	2325
Stichwortverzeichnis .....		2377

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Die Bearbeiter . . . . .	VII
Übersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXV
Literaturverzeichnis . . . . .	XLI

## Teil 1 Das Mandat im Verwaltungsrecht

<b>Kapitel 1: Annahme des Mandats . . . . .</b>	<b>3</b>
A. Erstes Telefonat oder Mail. . . . .	3
B. Dokumente und bisherige Korrespondenz . . . . .	3
C. Erste Besprechung . . . . .	3
D. Anwaltsvertrag und Vollmacht . . . . .	4
<b>Kapitel 2: Worauf der Fachanwalt zuerst achten muss . . . . .</b>	<b>7</b>
A. Fristen im Verwaltungsrecht . . . . .	7
I. Prüfungsschema bei Fristproblemen im Verwaltungsrecht . . . . .	7
II. Die Widerspruchsfrist . . . . .	11
III. Die Klagefrist . . . . .	11
IV. Fristen bei der Berufung im Verwaltungsrecht. . . . .	12
V. Fristen bei der Revision im Verwaltungsrecht . . . . .	13
VI. Fristen bei der Beschwerde im Verwaltungsrecht . . . . .	14
B. Sonstiges . . . . .	14
I. Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	14
II. Akteneinsicht . . . . .	14
III. Sofortige Anzeige der Vertretung und Vorlage einer Vollmacht . . . . .	15
IV. Interessenkollision . . . . .	15
<b>Kapitel 3: Was tun bei bestandskräftigen Verwaltungsakten? . . . . .</b>	<b>17</b>
A. Problemstellung. . . . .	17
B. Begriff und rechtliche Bedeutung der Bestandskraft. . . . .	17
I. Formelle und materielle Bestandskraft . . . . .	17
II. Unterschied zur Rechtskraft gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	19
C. Primärrechtsschutz: Heilung von Fristversäumnissen . . . . .	20
I. Die Widerspruchsfrist des § 70 VwGO. . . . .	20
II. Wege zur Heilung des Fristversäumnisses . . . . .	20
D. Sekundärrechtsschutz: Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung . . . . .	23
I. Überblick: Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs im Allgemeinen . . . . .	24
II. Zur Amtshaftung bei bestandskräftigen Verwaltungsakten im Besonderen . . . . .	24
<b>Kapitel 4: Wie teuer wird die Angelegenheit? . . . . .</b>	<b>27</b>
A. Gegenstand der Darstellung. . . . .	27
B. Grundbegriffe des Kostenrechts . . . . .	27
C. Verwaltungsverfahren vor der Ausgangsbehörde. . . . .	29
I. Rechtsgrundlagen der Kostenerhebung . . . . .	29
II. Kostenbezogene Entscheidungen der Ausgangsbehörde . . . . .	31
D. (Isoliertes) Widerspruchsverfahren . . . . .	33
I. Verwaltungskosten . . . . .	33
II. Erstattung notwendiger Aufwendungen . . . . .	34
E. Verwaltungsprozess . . . . .	37
I. Kostenentscheidung . . . . .	37
II. Zu den Gerichtskosten im Einzelnen . . . . .	38
III. Kostenfestsetzung. . . . .	41

<b>Kapitel 5:</b>	<b>Das Honorar des Rechtsanwalts, insbesondere Honorarvereinbarungen und Abrechnung nach dem RVG im Verwaltungsrecht</b>	43
A.	Gesetzliche Vergütung	44
I.	Begriff der Angelegenheit.	44
II.	Abrechnung der Vergütung	46
III.	Allgemeine Gebühren.	52
IV.	Außergerichtliche, anwaltliche Tätigkeit.	59
V.	Gerichtliche Gebühren	63
B.	Vergütungsvereinbarung	75
I.	Allgemeines.	75
II.	Zivilrechtliche Grundsätze	75
III.	Die Regelung des § 3a RVG.	84
IV.	Inhalt von Vergütungsvereinbarungen und Mustervorschläge	91
 <b>Teil 2 Die Handlungsformen öffentlicher Verwaltung, das behördliche Verfahren und die Durchsetzung behördlicher Entscheidungen</b>		
<b>Kapitel 6:</b>	<b>Die anwaltliche Mitwirkung beim Erlass eines Verwaltungsakts, einer Satzung oder Verordnung und in der Leistungsverwaltung</b>	105
A.	Verwaltungsakt	105
I.	Grundsätzliches	105
II.	Taktik; Einbeziehung von Dritten	106
III.	Mehrzahl von Adressaten.	107
IV.	Beleihung	108
V.	Allgemeinverfügung.	109
VI.	Zivilrechtliche Unterstützung	109
B.	Normsetzung	109
C.	Leistungsverwaltung	110
I.	Allgemeines.	110
II.	Auf Verwaltungsaktsgrundlage	110
III.	Grundlage Rücknahme und Widerruf	111
IV.	Erstattungsanspruch.	112
V.	Folgenbeseitigung	112
D.	Realakt und Grenzbereich zum Zivilrecht	112
I.	Allgemeines.	112
II.	Verwaltungsprivatrecht	112
III.	Vergabeverfahren	113
IV.	Schlicht hoheitliches Handeln	113
V.	Privatwirtschaftliche Betätigung.	114
VI.	Privatisierung; Kommunale Wirtschaftsbetätigung	114
VII.	Gelenkte Kooperation	115
<b>Kapitel 7:</b>	<b>Geltendmachen von Leistungs- und Unterlassungsansprüchen gegen die Behörde, insbesondere behördliche Zuständigkeiten, Rechtsschutz bei Leistungsverweigerung und gegen schlicht hoheitliches Handeln der Behörde.</b>	117
A.	Leistungs- und Unterlassungsansprüche bei Regelung durch Verwaltungsakt	117
I.	Allgemeines.	117
II.	Anspruch aufgrund früherer Zusage	118
III.	Deregulierung	118
IV.	Anspruch auf Planfeststellung	119
V.	Anspruch auf Unterlassung	119
VI.	Organschäftliche Rechte	119
B.	Leistungs- und Unterlassungsansprüche bei schlicht hoheitlichem Handeln	120
I.	Allgemeines.	120
II.	Beseitigungsanspruch	120

III.	Abwehranspruch . . . . .	120
IV.	Unterlassungsanspruch . . . . .	120
<b>Kapitel 8: Einflussmöglichkeiten des Mandanten bis zum Erlass einer Verwaltungsentscheidung, insbesondere Akteneinsicht, Rechtsschutz . . . .</b>		<b>123</b>
A.	Allgemeine Einflussmöglichkeiten . . . . .	123
I.	Aktive Beteiligung . . . . .	123
II.	Einbeziehung von Dritten . . . . .	124
III.	Einforderung der Betreuungs- und Fürsorgepflicht der Behörde . . . . .	125
IV.	Beschleunigungs-/Verzögerungsmöglichkeiten . . . . .	125
V.	Notbehelfe . . . . .	126
B.	Auskunftsverlangen . . . . .	127
I.	Allgemeines . . . . .	127
II.	Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	128
III.	Verwaltungsvorschriften . . . . .	129
C.	Akteneinsicht . . . . .	129
I.	Anspruch für Betroffene im Verwaltungsverfahren . . . . .	129
II.	Anspruch für Betroffene im nichtförmlichen Verfahren . . . . .	131
III.	Anspruch für Betroffene im förmlichen Verfahren . . . . .	131
IV.	Anspruch für Betroffene im Normsetzungsverfahren . . . . .	131
V.	Anspruch für Nichtbetroffene, Allgemeinheit . . . . .	131
VI.	Spezielle Ansprüche . . . . .	133
VII.	Formelles . . . . .	135
VIII.	Durchsetzung des Anspruchs . . . . .	136
<b>Kapitel 9: Die Hinzuziehung des Mandanten als Beteiligter im Verwaltungsverfahren, Rechtsschutz . . . . .</b>		<b>137</b>
A.	Geborene Beteiligte . . . . .	137
B.	Gekorene Beteiligte . . . . .	137
I.	Beiziehung . . . . .	137
II.	Anfechtung . . . . .	137
III.	Anspruch auf Beiziehung . . . . .	138
IV.	Rechtsstellung . . . . .	138
C.	Rechtsschutz . . . . .	139
I.	Allgemeines . . . . .	139
II.	Widerspruch . . . . .	139
III.	Verböserung . . . . .	140
IV.	Kostenentscheidung . . . . .	140
V.	Hauptsacheerledigung . . . . .	140
<b>Kapitel 10: Die Besonderheiten des Planfeststellungsverfahrens im Verhältnis zum Verwaltungsverfahren – Rechtsschutz gegen Planfeststellungsbeschlüsse . .</b>		<b>141</b>
A.	Allgemeines . . . . .	141
I.	Planrechtfertigung . . . . .	141
II.	Verfahrenskonzentration . . . . .	142
III.	Planerhaltungsgrundsatz . . . . .	142
IV.	Präklusionsfristen . . . . .	142
B.	Verfahrensbeteiligte . . . . .	142
C.	Planauslegung und Akteneinsicht . . . . .	143
D.	Präklusion . . . . .	144
E.	Erörterung . . . . .	144
F.	Der Planfeststellungsbeschluss . . . . .	145
I.	Zu beachtende Grundsätze . . . . .	145
II.	Mittelbare Beeinträchtigungen . . . . .	146
III.	Vorbehalt nachträglicher Schutzanordnungen . . . . .	147
G.	Änderungen während der laufenden Auslegung . . . . .	147

H.	Abweichungen vom Regelfall . . . . .	148
I.	Privatnützige Planfeststellungen . . . . .	148
II.	Folgeproblematik bei Abschnittsbildung . . . . .	148
III.	UVP-bedürftige Vorhaben . . . . .	148
IV.	Vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren . . . . .	148
J.	Rechtsschutz . . . . .	149
I.	Widerspruch und Anfechtungsklage . . . . .	149
II.	Erheblichkeit von Abwägungsmängeln . . . . .	149
III.	Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	149
IV.	Irrtümliches Unterlassen der Planfeststellung . . . . .	149
<b>Kapitel 11: Wiederaufgreifen des Verfahrens und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsschutz . . . . .</b>		<b>151</b>
A.	Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	151
I.	Allgemeines . . . . .	151
II.	Änderung der Sach- oder Rechtslage . . . . .	153
III.	Neue Beweismittel . . . . .	154
IV.	Rechtsanspruch auf Wiederaufgreifen . . . . .	154
V.	Rechtsschutz . . . . .	154
VI.	Fälle des § 518 ZPO . . . . .	155
B.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	155
I.	Allgemeines . . . . .	155
II.	Glaubhaftmachung . . . . .	156
III.	Wegfall der Befristung . . . . .	156
IV.	Ausschluss- und Präklusionsfristen . . . . .	157
<b>Kapitel 12: Dritt-/Nachbarschutz im Verwaltungsrecht . . . . .</b>		<b>159</b>
A.	Drittsschutz . . . . .	159
B.	Hinzuziehung und korrespondierende Rechtsbehelfe . . . . .	160
C.	Nachbarschutz . . . . .	161
<b>Kapitel 13: Abwehransprüche bei belastenden behördlichen Entscheidungen, Antrag auf Aussetzung der Vollziehung, Funktion und Wirkung von Schutzschriften . . . . .</b>		<b>163</b>
A.	Belastende behördliche Entscheidungen – Besonderheiten bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten . . . . .	163
B.	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	164
C.	Funktion und Wirkung von Schutzschriften . . . . .	166
<b>Kapitel 14: Verwaltungsvollstreckung und Rechtsschutz. . . . .</b>		<b>167</b>
A.	Die Verwaltungsvollstreckung . . . . .	168
I.	Grundlagen . . . . .	168
II.	Vollstreckung wegen Geldforderungen . . . . .	173
III.	Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen . . . . .	178
B.	Rechtsschutz in der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	183
I.	Einwendungen gegen den Grundverwaltungsakt . . . . .	183
II.	Einwendungen gegen die Rechtmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	189
III.	Rechtsschutz nach der Vollstreckung . . . . .	191
IV.	Rechtsschutz Drittbetroffener . . . . .	191
<b>Kapitel 15: Mediation im Verwaltungsrecht: Nutzen für den Anwalt, seinen Mandanten und die Verwaltungsbehörde. . . . .</b>		<b>193</b>
A.	Einleitung . . . . .	193
B.	Begriff der Mediation . . . . .	194
I.	Im Allgemeinen . . . . .	194
II.	Im Verwaltungsrecht . . . . .	194
III.	Unterschied zur Mediation im Privatrecht . . . . .	195

C.	Abgrenzungen . . . . .	195
I.	Schiedsgericht . . . . .	195
II.	Schlichtungsstelle . . . . .	196
III.	Schiedsmann/Schiedsfrau . . . . .	196
D.	Entwicklung der Mediation im europäischen Verwaltungsrecht . . . . .	196
E.	Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung . . . . .	197
F.	Anwendungsmöglichkeiten im Verwaltungsrecht . . . . .	198
G.	Verhältnis zwischen außergerichtlicher und gerichtlicher Mediation . . . . .	199
H.	Außergerichtliche Mediation . . . . .	199
I.	Zeitlicher Zusammenhang zwischen Mediationsverfahren und Verwaltungsverfahren . . . . .	199
II.	Beteiligte . . . . .	201
III.	Verfahrensablauf und Durchführung des Mediationsverfahrens . . . . .	201
IV.	Anforderungen an den Mediator . . . . .	203
V.	Rechtsanwalt als Mediator . . . . .	204
I.	Gerichtliche Mediation . . . . .	206
I.	Ermächtigungsgrundlage . . . . .	207
II.	Ablauf der gerichtlichen Mediation . . . . .	208
III.	Strukturprinzipien . . . . .	209
J.	Vorteile der Mediation . . . . .	209
K.	Nachteile der Mediation . . . . .	211
L.	Fazit . . . . .	212

### Teil 3 Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz

<b>Kapitel 16: Besonderheiten verwaltungsgerichtlicher Verfahren, Abgrenzung zum Zivilprozess . . . . .</b>	<b>215</b>
A. Eröffnung des Rechtswegs zu den Verwaltungsgerichten . . . . .	215
I. Rechtswegeröffnung durch Verweisung eines anderen Gerichts . . . . .	217
II. Rechtswegeröffnung durch eine besondere Zuweisung zum Verwaltungsrechtsweg . . . . .	217
III. Rechtswegeröffnung nach der Generalklausel des § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO . . . . .	217
B. Unterschiede zum zivilgerichtlichen Verfahren . . . . .	225
I. Rechtsweg bei Doppelnatur des Rechtsstreits . . . . .	227
II. Aufrechnung . . . . .	227
<b>Kapitel 17: Vorverfahren . . . . .</b>	<b>229</b>
A. Grundsätzliches zur Durchführung eines Vorverfahrens . . . . .	229
B. Bedeutung und Ausgestaltung des Widerspruchsverfahrens . . . . .	230
I. Durchführung eines behördlichen Selbstkontrollverfahrens als Sachentscheidungsvoraussetzung bestimmter Klagearten . . . . .	230
II. Zulässigkeit des Widerspruchsverfahrens . . . . .	232
III. Begründetheit des Widerspruchsverfahrens . . . . .	234
<b>Kapitel 18: Zuständiges Verwaltungsgericht . . . . .</b>	<b>237</b>
A. Zuständigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit . . . . .	237
B. Zuständigkeiten innerhalb der deutschen Gerichtsbarkeit . . . . .	237
I. Sachliche Zuständigkeit (§§ 45 ff. VwGO) . . . . .	237
II. Örtliche Zuständigkeit (§ 52 VwGO) . . . . .	239
<b>Kapitel 19: Die Klagen und Anträge . . . . .</b>	<b>243</b>
A. Inhalt der Klagschrift . . . . .	244
I. Mindestinhalt der Klagschrift . . . . .	244
B. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .	245
I. Überblick über die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .	245
C. Die statthaften Klagearten . . . . .	246
I. Vorbemerkung . . . . .	246
II. Anfechtungsklage (§ 42 Abs. 1 Var. 1 VwGO) . . . . .	247



III.	Die Verpflichtungsklage (§ 42 Abs. 1 Var. 2. VwGO)	262
IV.	Allgemeine Leistungsklage	270
V.	Allgemeine Feststellungsklage (§ 43 Abs. 1 VwGO)	277
VI.	Fortsetzungsfeststellungsklage	282
VII.	Weitere Rechtsschutzformen	287
D.	Möglichkeiten der Klageverbindung	287
I.	Objektive Klagehäufung nach § 44 VwGO	287
II.	Erhebung der Widerklage nach § 89 Abs. 1 VwGO	288
<b>Kapitel 20: Beteiligte am Verwaltungsprozess</b>		289
A.	Bezeichnung in der Klageschrift (§ 82 Abs. 1 S. 1 VwGO)	289
B.	Beteiligtenfähigkeit (§ 61 VwGO)	289
C.	Prozessfähigkeit	290
D.	Postulationsfähigkeit/Ordnungsgemäße Vertretung	291
<b>Kapitel 21: Klage-/Antragsbefugnis des Klägers</b>		295
A.	Grundsätzlich: eigene Betroffenheit	295
B.	Ausnahmen	296
I.	Drittbetroffenheit	296
II.	Klagebefugnis von anerkannten Naturschutzvereinigungen gem. §§ 64 BNatSchG, 2 UmwRG	303
C.	Sonderfragen	304
I.	Verletzung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten	304
II.	Hereinwirkung des europäischen Unionsrechts?	305
III.	Hereinwirkung des Völkerrechts und der EMRK?	306
<b>Kapitel 22: Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis</b>		307
A.	Bestehen eines allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses als allgemeine Sachurteilsvoraussetzung?	307
B.	Qualifiziertes Rechtsschutzinteresse	313
<b>Kapitel 23: Richtiger Beklagter</b>		315
<b>Kapitel 24: Beteiligung Weiterer, insbesondere Beiladung</b>		319
A.	Grundsätzliche Möglichkeiten der Beteiligung Dritter	319
B.	Zur Beiladung im Besonderen	320
I.	Grundsätzliches	320
II.	Arten der Beiladung	322
III.	Wirkungen und Rechtsschutz	323
IV.	Zum Verhältnis von Streitgenossenschaft und Beiladung	324
V.	Beispiele	325
<b>Kapitel 25: Fristen im Verwaltungsprozess</b>		327
A.	Fristen, Fristbeginn und Fristberechnung	327
B.	Heilungsmöglichkeiten	329
I.	Sachliches Einlassen der Behörde	329
II.	Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand	330
C.	Fristen für Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	332
<b>Kapitel 26: Verfahren nach der Klageerhebung</b>		333
A.	Klageänderung (§ 91 VwGO)	333
B.	Formen der Verfahrensbeendigung	334
I.	Urteil	334
II.	Gerichtsbescheid	334
III.	Klagerücknahme (§ 92 VwGO)	335
IV.	Klageverzicht	337
V.	Vergleich (§ 106 VwGO)	338
VI.	Erledigung der Hauptsache	341

<b>Kapitel 27: Das Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO, insbesondere Statthaftigkeit und Voraussetzungen eines erfolgreichen Antrags.</b>	<b>345</b>
A. Überblick über den vorläufigen Rechtsschutz in der Verwaltungsgerichtsordnung.	346
I. Systematik der gesetzlichen Regelungen	346
II. Verfassungsrechtliche Grundlage.	347
III. Europarechtlicher Einfluss	348
B. Gliederung des § 80 VwGO	349
C. Grundsatz der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 1 VwGO.	350
I. Suspensiveffekt	350
II. Suspensiveffekt und unzulässiger Rechtsbehelf	354
D. Gesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 3 und S. 2 VwGO	356
I. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten, § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO	356
II. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei unaufschiebbaren Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten, § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO	359
III. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung in anderen durch Bundesgesetz oder für Landesrecht durch Landesgesetz vorgeschriebenen Fällen, insbesondere für Widersprüche und Klagen Dritter gegen Verwaltungsakte, die Investitionen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen betreffen, § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO.	360
IV. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen gegen Maßnahmen, die in der Verwaltungsvollstreckung durch die Länder nach Bundesrecht getroffen werden; § 80 Abs. 2 S. 2 VwGO.	362
E. Behördlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO	362
I. Überblick	362
II. Tatbestandliche Voraussetzungen der Anordnung der sofortigen Vollziehung.	363
III. Formelle Anforderungen an die Anordnung der sofortigen Vollziehung	365
F. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung, § 80 Abs. 4 VwGO	367
G. Vorläufiger gerichtlicher Rechtsschutz nach § 80 VwGO und § 80a VwGO	369
I. Überblick	369
II. Zulässigkeit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	371
III. Checkliste	376
IV. Gerichtlicher Prüfungsmaßstab	377
V. Prüfungsintensität	379
VI. Beispiele gerichtlicher Entscheidungskriterien	379
VII. Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO	380
VIII. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO	381
IX. Gerichtlicher Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung nach §§ 80a, 80 Abs. 5 bis 8 VwGO	384
X. Anordnung der Aufhebung der Vollziehung eines Verwaltungsaktes nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	392
XI. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO analog beim faktischen Vollzug	393
XII. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	394
<b>Kapitel 28: Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO</b>	<b>399</b>
A. Systematik	399
B. Art. 100 GG und europarechtliche Aspekte	400
C. Arten der einstweiligen Anordnung	401
I. Sicherungsanordnung	401
II. Regelungsanordnung.	401
III. Abgrenzung von Sicherungs- und Regelungsanordnung.	402
D. Anwendungsbereich von § 123 VwGO	402
I. Abgrenzung zu §§ 80, 80a VwGO	402

II.	Anwendungsfälle . . . . .	402
III.	Beispiele für Anträge nach § 123 Abs. 1 VwGO . . . . .	403
E.	Zulässigkeit eines Antrags nach § 123 Abs. 1 VwGO . . . . .	404
I.	Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges . . . . .	404
II.	Zuständiges Gericht . . . . .	404
III.	Statthaftigkeit des Verfahrens . . . . .	405
IV.	Antragsform, Auslegung, Antragsfrist . . . . .	405
V.	Antragsbefugnis . . . . .	405
VI.	Antragsgegner . . . . .	406
VII.	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	406
VIII.	Checkliste: Wesentliche Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Antrags auf vorläufigen gerichtlichen Rechtsschutz nach § 123 VwGO . . . . .	407
IX.	Muster für Anträge nach § 123 VwGO . . . . .	407
F.	Begründetheit eines Antrags nach § 123 VwGO . . . . .	409
I.	Anordnungsanspruch . . . . .	409
II.	Anordnungsgrund . . . . .	411
III.	Glaubhaftmachung . . . . .	412
IV.	Keine Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	413
V.	Beispiele aus der Rechtsprechung . . . . .	414
G.	Form und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung . . . . .	415
I.	Form der Entscheidung . . . . .	415
II.	Inhalt der Entscheidung . . . . .	416
III.	Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO analog . . . . .	417
IV.	Rechtskraft, Vollstreckung und Beschwerdemöglichkeit . . . . .	417
V.	Schadensersatz . . . . .	417
	<b>Kapitel 29: Das Normenkontrollverfahren gem. § 47 VwGO . . . . .</b>	<b>419</b>
A.	Überblick . . . . .	419
B.	Normenkontrollantrag . . . . .	420
I.	Rechtswegeröffnung . . . . .	420
II.	Verfahrensgegenstand . . . . .	420
III.	Ziel und Formulierung des Antrags . . . . .	422
IV.	Antragsbefugnis . . . . .	422
V.	Formelle Anforderungen . . . . .	424
VI.	Vorbehalt zugunsten der Landesverfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	424
VII.	Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	425
VIII.	Begründetheit . . . . .	425
IX.	Entscheidungswirkungen . . . . .	426
X.	Checkliste: Normenkontrollantrag . . . . .	427
XI.	Muster: Einlegung eines Normenkontrollantrages . . . . .	427
C.	Einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren . . . . .	428
I.	Überblick . . . . .	428
II.	Zulässigkeit . . . . .	428
III.	Begründetheit . . . . .	429
	<b>Kapitel 30: Rechtsbehelfe gegen gerichtliche Entscheidungen . . . . .</b>	<b>431</b>
A.	Überblick . . . . .	432
B.	Gemeinsame Regeln für Rechtsbehelfe . . . . .	437
I.	Anwaltpflichten gegenüber Mandanten . . . . .	437
II.	Bezeichnung einer angreifbaren Entscheidung . . . . .	437
III.	Rechtsbehelfserklärung . . . . .	437
IV.	Rechtsbehelfsberechtigung . . . . .	437
V.	Beschwer . . . . .	438
VI.	Prozesshandlungsvoraussetzungen . . . . .	438
VII.	Formfehler der Entscheidung . . . . .	439
VIII.	Fristen . . . . .	439
IX.	Verschlechterungsverbot («reformatio in peius») . . . . .	440

X.	Zulässigkeit und Begründetheit von Rechtsmitteln . . . . .	440
XI.	Besondere Verfahrenssituationen . . . . .	443
C.	Berufung und deren Zulassung . . . . .	445
I.	Zulassung der Berufung . . . . .	445
II.	Berufung . . . . .	450
D.	Beschwerde gem. § 146 VwGO . . . . .	454
I.	Zulässigkeit . . . . .	454
II.	Beschwerdeverfahren und Beschwerdeentscheidung . . . . .	455
III.	Besonderheiten beim vorläufigen Rechtsschutz . . . . .	455
IV.	Checkliste: Beschwerde . . . . .	456
V.	Muster: Beschwerde im Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO . . . . .	457
E.	Revision und deren Zulassung . . . . .	457
I.	Überblick . . . . .	457
II.	Zulassung der Revision . . . . .	458
III.	Revision . . . . .	466
IV.	Besonderheiten der Sprungrevision (§ 134 VwGO) . . . . .	469
V.	Revision bei Ausschluss der Berufung (§ 135 VwGO) . . . . .	470
F.	Anhörungsrüge gem. § 152a VwGO . . . . .	470
I.	Überblick . . . . .	470
II.	Statthaftigkeit . . . . .	471
III.	Darlegung der Entscheidungserheblichkeit der Gehörsverletzung . . . . .	471
IV.	Checkliste: Anhörungsrüge gem. § 152a VwGO . . . . .	472
V.	Muster: Anhörungsrüge gem. § 152a VwGO . . . . .	472
<b>Kapitel 31: Die Verfassungsbeschwerde . . . . .</b>		<b>475</b>
A.	Rechtswegerschöpfung, Subsidiarität und Fristwahrung . . . . .	475
B.	Form und Inhalt gem. §§ 23 Abs. 1, 92 BVerfGG . . . . .	476
C.	Begründetheit: Beschränkter Prüfungsumfang . . . . .	477
D.	Annahmeverfahren . . . . .	477
E.	Checkliste: Verfassungsbeschwerde . . . . .	478
F.	Muster: Verfassungsbeschwerde . . . . .	478
<b>Kapitel 32: Rechtsschutz beim Gerichtshof der EU und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte . . . . .</b>		<b>481</b>
A.	Einleitung . . . . .	481
B.	Rechtsschutz vor dem EuGH . . . . .	482
I.	Überblick . . . . .	482
II.	Allgemeines . . . . .	485
III.	Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 ff. AEUV) . . . . .	486
IV.	Nichtigkeitsklage (Art. 263 f. AEUV) . . . . .	486
V.	Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV) . . . . .	489
VI.	Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) . . . . .	489
VII.	Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	492
VIII.	Rechtsmittel . . . . .	493
C.	Individualbeschwerde zum EGMR . . . . .	493
I.	Überblick . . . . .	493
II.	Rechte und Freiheiten der EMRK . . . . .	493
III.	Verfahren vor dem EGMR . . . . .	495
IV.	Zulässigkeit einer Individualbeschwerde . . . . .	496
V.	Begründetheit einer Individualbeschwerde . . . . .	497
VI.	Entschädigung . . . . .	498
VII.	Checkliste: Individualbeschwerde zum EGMR . . . . .	498

**Teil 4 Der Fachanwalt als Projektmanager**

<b>Kapitel 33: Einleitung</b>	503
<b>Kapitel 34: Gerichtsfeste Betriebsorganisation am Beispiel des Arbeitsschutz- und Umweltrechts</b>	505
A. Bedeutung einer gerichtsfesten Betriebsorganisation	507
B. Recht und Organisation im Unternehmen	507
I. Strukturierung eines Unternehmens aus juristischer Sicht	507
II. Identifizierung der einschlägigen Rechtsvorschriften	508
III. Rechtskonformität und Verantwortlichkeit	509
C. Erwartungen der Unternehmen an eine externe Rechtsberatung	509
I. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	510
II. Große Unternehmen (Konzerne)	510
D. Betriebsorganisatorische Pflichten des Arbeitsschutz- und Umweltrechts	511
I. Auswahl: Betriebspflichten im Arbeitsschutzrecht und Umweltschutzrecht	512
II. Tabelle der Gesetze und untergesetzlichen Regelungen zum Arbeitsschutz- und Umweltschutzrecht	512
III. Arbeitsschutzrecht	533
IV. Immissionsschutzrecht	548
V. Gewässerschutzrecht	550
VI. Abfallrecht	552
E. Rechtsverstöße und ihre Folgen	554
I. Rechtsgrundlage	554
II. Ordnungsverfügungen	554
III. Ordnungswidrigkeitenverfahren	555
IV. Strafrecht	558
V. Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit	560
VI. Maßnahmen der Berufsgenossenschaften	561
F. Delegation von Verantwortlichkeiten	562
I. Präventive Unternehmensorganisation	562
II. Delegation zur haftungsrechtlichen Entlastung der Führungsebene	562
III. Einzelfragen zur Pflichtendelegation	563
G. Abschlussanmerkung	564
<b>Kapitel 35: Gestaltung öffentlich-rechtlicher Verträge</b>	567
A. Grundlagen des Rechts der öffentlich-rechtlichen Verträge	567
I. Gesetzliche und vertragliche Ausgangslage: die Entscheidung des Gesetzgebers für das Vertragsmodell und die Parteien des Vertrages	567
II. Typen öffentlich-rechtlicher Verträge und ihre Grenzen	571
III. Weitere Hinweise	574
B. Darstellung der öffentlich-rechtlichen Verträge anhand von Vertragsmustern	575
I. Vertragsmuster aus dem Bereich des Vorvertrages (Option, »letter of intent«)	575
II. Die textseitige Erfassung der Planung-Anknüpfungspunkte für den Vertrag	578
III. Muster aus dem Bereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes (Durchführungsvertrag)	580
IV. Vertrag aus dem Bereich städtebaulicher Vorbereitungsmaßnahmen	593
V. Vereinbarung zwischen Privaten und Gemeinde zur Aufwertung von Geschäftsquartieren (»business improvement districts«) als »leichte« Alternative oder Ergänzung zur Städtebausanierung	608
C. Die Finanzierung durch Fördermittel	618
I. Der Ausgangspunkt u.a. für städtebauliche Förderung	618
II. Der Antrag als Beginn des Bewilligungsverfahrens sowie als mögliche Grundlage für eine Vereinbarung über die Gewährung von Fördermitteln	620
III. Die Fördervereinbarung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag	625
D. Fazit und weiterführende Hinweise	641

**Teil 5 Kernbereiche des Verwaltungsrechts**

<b>Kapitel 36: Öffentlich Private Partnerschaften</b>	645
A. Einleitung	646
B. Kooperationsinteressen zwischen Staat und Privatwirtschaft	648
I. Staatliche Kooperationsinteressen	648
II. Privatwirtschaftliche Kooperationsinteressen	651
III. Erfolgsfaktoren von Kooperationsmodellen	653
C. Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft im Gefüge der Öffentlichen Verwaltung	653
I. Kooperation und Erledigung öffentlicher Aufgaben	654
II. Kooperation und Verwaltungsorganisation	660
III. Kooperation durch Privatisierung	668
IV. Kooperationsgrenzen	675
D. Öffentlich Private Partnerschaften als innovative Möglichkeit der Kooperation zwischen der öffentlichen und der privaten Hand	679
I. Begriff	679
II. Anwendungsbereiche	681
III. Ablauf und vertragliche Gestaltung	681
IV. Rechtlicher Rahmen	701
V. Wirtschaftlicher, finanzieller und steuerlicher Rahmen	728
VI. Implementierung und Vertragscontrolling	737
VII. Rechtsschutz	738
E. Praxisbeispiel	739
I. Projektbeschreibung	739
II. Projektstruktur und -ablauf	739
<b>Kapitel 37: Bauverwaltungsrecht</b>	745
A. Bauplanungsrecht	748
1. Teil: Bauleitplanung und raumbezogene Fachplanungen	748
I. Zweck der Planung	748
II. Planerischer Gestaltungsspielraum und Rechtsbindung	748
III. Kommunale Planungshoheit	750
IV. Bauleitplanung und überörtliche Planung	754
2. Teil: Bauleitpläne und ergänzende Planinstrumente	758
I. Planrechtfertigung und Planerforderlichkeit	758
II. Flächennutzungsplan	761
III. Bebauungsplan	764
IV. Sicherung der Bauleitplanung	803
V. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes	810
VI. Ausnahmen und Befreiungen	825
VII. Vorhabenbezogener Bebauungsplan	831
3. Teil: Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben	832
I. Vorhabenbegriff, Änderung und Nutzungsänderung	832
II. Vorhaben im Bereich eines Bebauungsplans, § 30 BauGB	833
III. Vorhaben bei Planreife, § 33 BauGB	833
IV. Vorhaben im unbeplanten Innenbereich, § 34 BauGB	834
V. Vorhaben im Außenbereich, § 35 BauGB	856
VI. Gemeindliches Einvernehmen gem. § 36 BauGB	864
B. Bauordnungsrecht	865
1. Teil: Zweck des Bauordnungsrechts	865
2. Teil: Inhalt des Bauordnungsrechts	866
I. Materielles Bauordnungsrecht	866
II. Bauordnungsrechtliches Verfahrensrecht	877
III. Bauordnungsrechtliche Eingriffsbefugnisse	892
C. Rechtsschutz des Bauherrn und des Nachbarn	904
1. Teil: Rechtsschutz des Bauherrn	904
I. Widerspruch gegen eine Verfügung	904

II.	Rechtsschutz zwecks Erteilung der Baugenehmigung . . . . .	905
III.	Nebenbestimmungen zur Baugenehmigung . . . . .	910
IV.	Zurückstellung des Baugesuchs . . . . .	910
V.	Klage auf Erteilung von Ausnahmen und Befreiungen bei genehmigungsfreien Bauvorhaben . . . . .	911
VI.	Rechtsschutz gegen bauordnungsrechtliche Verfügungen . . . . .	913
2. Teil:	Rechtsschutz des Nachbarn . . . . .	917
I.	Begriff des Nachbarn . . . . .	917
II.	Anspruch des Nachbarn gegen das Bauaufsichtsamt auf Einschreiten gegen baurechtswidrige Zustände. . . . .	918
III.	Nachbarschützende Vorschriften des Baurechts . . . . .	919
IV.	Verwirkung nachbarlicher Abwehrrechte . . . . .	931
V.	Antrag an die Baubehörde auf Aussetzung der Vollziehung der Baugenehmigung/des Bauvorbescheids und Anordnung von Sicherungsmaßnahmen . . . . .	931
VI.	Anspruch des Nachbarn auf Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	932
VII.	Nachbarwiderspruch sowie vorläufiger Rechtsschutz gegen Baugenehmigungen, Bauvorbescheide und sonstige Zulassungen gem. §§ 80a Abs. 3 S. 2; 80 Abs. 5 VwGO . . . . .	932
VIII.	Anfechtungsklage . . . . .	934
IX.	Rechtsschutz bei genehmigungsfreien Vorhaben und baurechtswidrigen Zuständen auf Nachbargrundstücken . . . . .	934
<b>Kapitel 38:</b>	<b>Beamtenrecht. . . . .</b>	<b>937</b>
A.	Gesetzgebungskompetenzen und wichtige Rechtsgrundlagen im Beamtenrecht. . . . .	939
B.	Die Grundbegriffe des Beamtenrechts . . . . .	941
I.	Beamtenrecht und Beamtenbegriffe . . . . .	941
II.	Arten des Beamtenverhältnisses . . . . .	942
III.	Der Amtsbegriff . . . . .	943
IV.	Der Dienstherr und seine Organe. . . . .	944
V.	Das Laufbahnprinzip . . . . .	946
VI.	Die dienstliche Beurteilung . . . . .	948
C.	Die Ernennung des Beamten. . . . .	948
I.	Die Einstellung . . . . .	949
II.	Die Umwandlung des Beamtenverhältnisses . . . . .	960
III.	Die Beförderung . . . . .	964
D.	Die Änderungen des funktionalen Amtes – Versetzung und Umsetzung . . . . .	973
I.	Die Versetzung. . . . .	974
II.	Die Umsetzung . . . . .	981
E.	Die Beendigung des Beamtenverhältnisses . . . . .	985
I.	Die Entlassung von Beamten auf Probe . . . . .	985
II.	Die Entlassung von Beamten auf Widerruf . . . . .	987
III.	Verfahren – Wahrung der Beteiligungsrechte. . . . .	988
IV.	Rechtsschutz . . . . .	989
V.	Folgen der Entlassung . . . . .	990
F.	Die dienstliche Beurteilung. . . . .	990
I.	Allgemeines. . . . .	991
II.	Beurteilungsarten . . . . .	991
III.	Beurteiler . . . . .	992
IV.	Beurteilungsinhalt . . . . .	992
V.	Beurteilungsverfahren. . . . .	993
VI.	Die Rechtmäßigkeit der dienstlichen Beurteilung . . . . .	994
VII.	Rechtsschutz . . . . .	1003
G.	Das Recht der Nebentätigkeiten. . . . .	1004
I.	Begrifflichkeiten . . . . .	1005
II.	Verpflichtende Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst . . . . .	1005
III.	Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeit . . . . .	1006
IV.	Nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten. . . . .	1009
V.	Ausübung von Nebentätigkeiten . . . . .	1009

VI.	Beteiligung des Dienstherrn an den Einnahmen aus Nebentätigkeiten . . . . .	1009
VII.	Rechtsschutz. . . . .	1010
H.	Schadensersatzansprüche des Dienstherrn gegen seinen Beamten. . . . .	1012
I.	Anwendungsbereich des § 75 BBG, § 48 BeamtStG . . . . .	1012
II.	Beamter und Dienstherr i.S.d. § 75 BBG, § 48 BeamtStG . . . . .	1012
III.	Pflichtverletzung . . . . .	1013
IV.	Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit . . . . .	1014
V.	Schaden, Kausalität, Gesamtschuldnerische Haftung, Mitverschulden . . . . .	1015
VI.	Verjährung. . . . .	1016
VII.	Zur Beweislast. . . . .	1016
VIII.	Rechtsschutz. . . . .	1017
I.	Die vermögenswerten Rechte des Beamten – Die Rückforderung von Bezügen . . . . .	1017
I.	Die vermögenswerten Rechte des Beamten. . . . .	1018
II.	Die Rückforderung von Bezügen und sonstigen vermögenswerten Leistungen. . . . .	1025
<b>Kapitel 39: Ausländerrecht . . . . .</b>		<b>1031</b>
A.	Einführung. . . . .	1034
B.	Der rechtmäßige Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. . . . .	1035
I.	Einführung . . . . .	1035
II.	Allgemeine Genehmigungsvoraussetzungen und Versagungsgründe. . . . .	1039
III.	Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis und Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG . . . . .	1055
IV.	Die einzelnen Aufenthaltsw Zwecke . . . . .	1063
V.	Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörige . . . . .	1144
C.	Beendigung des Aufenthalts . . . . .	1175
I.	Begründung der Ausreisepflicht . . . . .	1175
II.	Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen . . . . .	1178
III.	Durchsetzung der Ausreisepflicht . . . . .	1229
D.	Verwaltungsverfahren . . . . .	1269
I.	Schriftform und Ausnahme von Formerfordernissen gemäß § 77 AufenthG. . . . .	1269
II.	Handlungsfähigkeit Minderjähriger gemäß § 80 AufenthG. . . . .	1270
III.	Beantragung des Aufenthaltstitels gemäß § 81 AufenthG . . . . .	1270
IV.	Wirkungen von Widerspruch und Klage gemäß § 84 AufenthG . . . . .	1274
V.	Exkurs: Einstweiliger Rechtsschutz im Ausländerrecht . . . . .	1275
VI.	Berechnung von Aufenthaltszeiten gemäß § 85 AufenthG . . . . .	1277
E.	Übergangsvorschriften . . . . .	1278
I.	Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte gemäß § 101 AufenthG . . . . .	1278
II.	Fortgeltung sonstiger ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung gemäß § 102 AufenthG . . . . .	1278
III.	Anwendung bisherigen Rechts gemäß § 103 AufenthG . . . . .	1279
IV.	Übergangsregelungen gemäß § 104 AufenthG . . . . .	1280
V.	Altfallregelung gemäß § 104a AufenthG . . . . .	1282
VI.	Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern gemäß § 104b AufenthG . . . . .	1292
VII.	Fortgeltung von Arbeitsgenehmigungen gemäß § 105 AufenthG . . . . .	1292
VIII.	Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren gemäß § 105a AufenthG . . . . .	1292
<b>Kapitel 40: Kommunalabgabenrecht. . . . .</b>		<b>1293</b>
A.	Grundlagen . . . . .	1296
I.	Begriff der öffentlichen Abgaben. . . . .	1296
II.	Überblick über die Kommunalabgaben. . . . .	1297
III.	Allgemeine Erhebungsgrundsätze . . . . .	1300
IV.	Satzungsvorbehalt . . . . .	1303
B.	Kommunalsteuern . . . . .	1316
I.	Einführung . . . . .	1316
II.	Realsteuern . . . . .	1317
III.	Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern . . . . .	1321



C.	Sonderabgaben . . . . .	1333
I.	Einführung . . . . .	1333
D.	Vorzugslasten . . . . .	1337
I.	Begriff . . . . .	1337
II.	Allgemeine Grundsätze bei der Erhebung von Vorzugslasten . . . . .	1337
III.	Beiträge . . . . .	1339
IV.	Benutzungsgebühren . . . . .	1412
E.	Verwaltungsverfahren . . . . .	1433
I.	Anwendbarkeit der Abgabenordnung . . . . .	1433
II.	Besonderheiten im Besteuerungsverfahren. . . . .	1434
III.	Abgabenverfahrensrechtliche Begriffe . . . . .	1434
IV.	Festsetzungsverfahren . . . . .	1435
V.	Erhebungsverfahren . . . . .	1439
VI.	Aufbau des Abgabenbescheids . . . . .	1441
F.	Rechtsschutz . . . . .	1441
I.	Übersicht . . . . .	1441
II.	Behördliches Rechtsbehelfsverfahren . . . . .	1442
III.	Gerichtliches Rechtsbehelfsverfahren. . . . .	1454
<b>Kapitel 41: Staatshaftungsrecht. . . . .</b>		<b>1479</b>
A.	Einleitung . . . . .	1481
B.	Amtshaftung . . . . .	1481
I.	Übersicht . . . . .	1481
II.	»Beamter«. . . . .	1482
III.	Amtspflichtverletzung. . . . .	1483
IV.	Drittbezogenheit der Amtspflicht. . . . .	1485
V.	Rechtswidrigkeit . . . . .	1487
VI.	Verschulden . . . . .	1487
VII.	Verursachung eines Schadens . . . . .	1488
VIII.	Rechtsfolge . . . . .	1489
IX.	Anderweitige Ersatzmöglichkeit (Aushilfshaftung). . . . .	1489
X.	Richterspruchprivileg . . . . .	1490
XI.	Schuldhaft unterlassene Rechtsmittel (Primärrechtsschutz). . . . .	1491
XII.	Mitverschulden . . . . .	1493
XIII.	Überleitung und haftende Körperschaft . . . . .	1494
XIV.	Ausschlussstatbestände. . . . .	1494
XV.	Verjährung . . . . .	1495
XVI.	Regress . . . . .	1502
XVII.	Drittchadensliquidation . . . . .	1503
XVIII.	Prozessuales. . . . .	1503
C.	Vermögensrechte: Allgemeine Ansprüche auf Entschädigung und Ausgleich in Geld . . . . .	1506
I.	Allgemeine Entschädigungsansprüche . . . . .	1506
II.	Ersatzansprüche aus Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten . . . . .	1526
D.	Vermögensrechte: Spezialgesetzliche Ansprüche auf Entschädigung und Ausgleich in Geld. . . . .	1530
I.	Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche im öffentlichen Baurecht. . . . .	1530
II.	Planfeststellungsrecht . . . . .	1556
III.	Entschädigung nach dem BImSchG . . . . .	1558
IV.	Entschädigung nach dem Straßenrecht. . . . .	1559
V.	Ordnungsrechtliche Unrechtshaftung am Beispiel von § 39 OBG NW . . . . .	1559
VI.	Amts- und Staatshaftung im Wasserrecht . . . . .	1561
E.	Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse . . . . .	1562
I.	Öffentlich-rechtliche Verträge. . . . .	1562
II.	Benutzungs- und Leistungsverhältnisse . . . . .	1568
III.	Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag. . . . .	1569
IV.	Verwahrung . . . . .	1569
V.	Öffentlich-rechtliche Erstattung. . . . .	1570

F.	Nichtvermögensrechte: Ansprüche auf Entschädigung und Ausgleich in Geld . . . . .	1570
I.	Aufopferung . . . . .	1570
II.	Verwaltungsrechtliche Schuldverhältnisse . . . . .	1572
III.	Spezialgesetzliche Ansprüche . . . . .	1573
G.	Ansprüche auf Ausgleich und Beseitigung der Beeinträchtigung . . . . .	1573
I.	Allgemeiner Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	1573
II.	Plangewährleistung . . . . .	1579
III.	Unterlassungsanspruch . . . . .	1583
H.	Gemeinschaftsrechtlicher (unionsrechtlicher) Staatshaftungsanspruch . . . . .	1584
I.	Grundlagen . . . . .	1584
II.	Haftungstatbestand . . . . .	1584
III.	Inhalt und Durchsetzung des Haftungsanspruchs . . . . .	1588
IV.	Prozessuales . . . . .	1591
<b>Kapitel 42:</b>	<b>Vergabe öffentlicher Aufträge . . . . .</b>	<b>1595</b>
1. Teil:	Aufbau des Vergaberechts . . . . .	1598
A.	Europäisches Vergaberecht . . . . .	1599
I.	EG-Vertragsbestimmungen . . . . .	1599
II.	EG-Vergabeverordnungen und -richtlinien . . . . .	1600
B.	Deutsches Vergaberecht . . . . .	1603
C.	Zweiteilung des Vergaberechts/Bedeutung der Schwellenwerte . . . . .	1604
2. Teil:	Vergabe eines Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsauftrags oberhalb der Schwellenwerte	1605
A.	Persönlicher Anwendungsbereich: Öffentlicher Auftraggeber . . . . .	1607
I.	Funktionelle öffentliche Auftraggeber . . . . .	1607
II.	Gebietskörperschaften sowie deren Sondervermögen, § 98 Nr. 1 GWB . . . . .	1609
III.	Öffentliche Unternehmen i.S.v. Art. 1 Abs. 9 S. 2 VKR; § 98 Nr. 2 GWB . . . . .	1610
IV.	Verbände, § 98 Nr. 3 GWB . . . . .	1617
V.	Subventionierte Auftraggeber, § 98 Nr. 5 GWB . . . . .	1617
VI.	Zentrale Beschaffungsstellen und Einkaufskooperationen . . . . .	1617
B.	Sachlicher Anwendungsbereich: Vergaberechtpflichtiger Auftrag . . . . .	1618
I.	Allgemeines . . . . .	1618
II.	Arten öffentlicher Verträge . . . . .	1624
III.	Ausnahmen . . . . .	1642
C.	Verfahren bei der Vergabe eines öffentlichen Auftrags . . . . .	1654
I.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze . . . . .	1654
II.	Die verschiedenen Vergabearten . . . . .	1659
III.	Die Vergabe des öffentlichen Auftrags . . . . .	1668
D.	Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens (Primärrechtsschutz) . . . . .	1693
I.	Subjektiv-öffentliches Recht auf Einhaltung des Vergaberechts . . . . .	1693
II.	Dokumentationspflichten und Akteneinsicht . . . . .	1693
III.	Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer . . . . .	1696
IV.	Beschwerdeverfahren vor den OLG-Vergabesenaten . . . . .	1719
V.	Anzeige an die EU-Kommission . . . . .	1722
E.	Schadensersatz (Sekundärrechtsschutz) . . . . .	1723
I.	Schadensersatzanspruch des unterlegenen Bieters gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber . . . . .	1723
II.	Schadensersatzansprüche des unterlegenen Bieters gegenüber dem erfolgreichen Auftragnehmer . . . . .	1726
III.	Schadensersatzansprüche von Bietern gegenüber dem erfolglosen Nachprüfungsführer	1726
IV.	Schadensersatzansprüche des öffentlichen Auftraggebers gegenüber dem Nachprüfungsführer . . . . .	1727
3. Teil:	Besonderheiten bei Aufträgen im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie des Postdienstes (Sektorenaufträge) . . . . .	1727
A.	Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	1729
I.	Sektorentätigkeiten . . . . .	1729
II.	Überschreiten der Schwellenwerte . . . . .	1730
III.	Sektorentätigkeiten, die unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sind . . . . .	1730

B.	Personeller Anwendungsbereich . . . . .	1731
I.	Privatrechtlich organisierte Auftraggeber gem. § 98 Nr. 4 GWB . . . . .	1731
II.	Öffentlich-rechtlich organisierte Auftraggeber . . . . .	1732
C.	Sektorenaufträge . . . . .	1733
I.	Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge . . . . .	1733
II.	Bau- und Dienstleistungskonzessionen. . . . .	1733
III.	Freiberufliche Leistungen . . . . .	1733
IV.	Postdienste . . . . .	1733
D.	Vergabeverfahren. . . . .	1733
E.	Rechtsschutz . . . . .	1735
4. Teil:	Vergabe eines Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsauftrags unterhalb der Schwellenwerte. . . . .	1735
A.	Persönlicher Anwendungsbereich: öffentlicher Auftraggeber . . . . .	1735
I.	Gebietskörperschaften und deren Behörden. . . . .	1736
II.	Öffentliche Unternehmen . . . . .	1736
B.	Sachlicher Anwendungsbereich: Vergaberechtspflichtiger Auftrag . . . . .	1738
C.	Verfahren bei der Auftragsvergabe. . . . .	1738
I.	Europäisches Vergaberecht. . . . .	1738
II.	Deutsches Vergaberecht . . . . .	1745
III.	Pflicht zur Ausschreibung, Bagatellvorbehalt und Binnenmarktbezug (grenzüberschreitendes Interesse) . . . . .	1746
IV.	Weitere Anforderungen an eine unterschwellige Vergabe. . . . .	1750
D.	Rechtsschutz des unterlegenen Bieters . . . . .	1755
I.	Verhinderung der Erteilung des Zuschlags und Rücknahme der Aufhebung einer Ausschreibung . . . . .	1755
II.	Schadensersatz . . . . .	1764
III.	Verpflichtung des Auftraggebers zur Erteilung des Zuschlags? . . . . .	1765
E.	Schadensersatzansprüche gegenüber dem unterlegenen Bieter . . . . .	1765
<b>Kapitel 43: Abfallrecht.</b>		1767
A.	Vorrang der Verwertung und privater Verantwortung. . . . .	1767
I.	Zweck . . . . .	1767
II.	Verwertung . . . . .	1768
III.	Öffentlich-rechtliche Entsorgungsverantwortung . . . . .	1768
IV.	Produktverantwortung . . . . .	1769
B.	Anwendungsbereich des KrW-/AbfG. . . . .	1773
I.	Ausgangspunkt im deutschen Recht . . . . .	1773
II.	Unionsrechtliche Anreicherung . . . . .	1774
C.	Abgrenzung von Abfällen zur Verwertung und Abfällen zur Beseitigung . . . . .	1775
I.	Nationaler Ausgangspunkt. . . . .	1775
II.	Europarechtliche Konkretisierung . . . . .	1776
III.	Konsequenzen für die Müllverbrennung. . . . .	1777
D.	Beseitigungsregime. . . . .	1779
I.	Überlassungspflichten. . . . .	1779
II.	Deponierung . . . . .	1780
III.	Überwachung . . . . .	1780
IV.	System der Ordnung und Planung für Abfallbeseitigungsanlagen. . . . .	1781
E.	Die Organisation der Abfallwirtschaft: Rekommunalisierung . . . . .	1784
I.	Grundfreiheiten . . . . .	1786
II.	Wettbewerbsfreiheit. . . . .	1789
<b>Kapitel 44: Immissionsschutzrecht</b>		1791
A.	Der Anlagenbegriff des BImSchG, § 3 Abs. 5 BImSchG . . . . .	1794
I.	Betreiben . . . . .	1794
II.	Betriebsstätten und sonstige ortsfeste Einrichtungen. . . . .	1795
III.	Maschinen, Geräte und sonstige ortsveränderliche technische Einrichtungen und Fahrzeuge . . . . .	1795
IV.	Grundstücke . . . . .	1796

B.	Genehmigungsbedürftige Anlagen . . . . .	1796
I.	Der Kreis der genehmigungsbedürftigen Anlagen . . . . .	1796
II.	Umfang des Genehmigungserfordernisses . . . . .	1797
III.	Gemeinsame Anlage, § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV . . . . .	1801
IV.	Umfassende Gesamtanlage mit genehmigungsbedürftigen Teilen oder Nebeneinrichtungen, § 1 Abs. 4 der 4. BImSchV . . . . .	1803
V.	Erweiterung bestehender Anlagen, § 1 Abs. 5 der 4. BImSchV . . . . .	1803
VI.	Ortsfeste Abfallentsorgungsanlagen, § 4 Abs. 1 S. 1 2. Alt. BImSchG . . . . .	1804
VII.	Einschränkungen des Genehmigungserfordernisses . . . . .	1804
C.	Die Genehmigung . . . . .	1807
I.	Die Rechtsnatur der Genehmigung . . . . .	1807
II.	Der Gegenstand der Genehmigung . . . . .	1807
III.	Das Genehmigungsverfahren . . . . .	1808
IV.	Nebenbestimmungen, § 12 BImSchG . . . . .	1833
V.	Die Genehmigungsvoraussetzungen, § 6 BImSchG . . . . .	1835
VI.	Wirkungen der Genehmigung . . . . .	1855
VII.	Erlöschen der Genehmigung . . . . .	1858
D.	Änderung, wesentliche Änderung und Betriebseinstellung genehmigungsbedürftiger Anlagen. . . . .	1858
I.	Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen, § 15 Abs. 1, 2 BImSchG . . . . .	1858
II.	Wesentliche Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen, § 16 BImSchG . . . . .	1860
III.	Betriebseinstellung, § 15 Abs. 3 BImSchG . . . . .	1862
E.	Nachträgliche Maßnahmen . . . . .	1862
F.	Rechtsschutz . . . . .	1863
I.	Rechtsschutz des Antragstellers . . . . .	1863
II.	Rechtsschutz Dritter . . . . .	1864
III.	Sachliche Zuständigkeit . . . . .	1866
IV.	Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	1866
G.	Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen . . . . .	1866
I.	Anwendungsbereich der §§ 22 ff. BImSchG . . . . .	1866
II.	Die Grundpflichten, § 22 BImSchG . . . . .	1868
III.	Durchsetzung der Grundpflichten . . . . .	1872
IV.	Rechtsschutz . . . . .	1877
<b>Kapitel 45: Wasserrecht</b> . . . . .		1879
A.	Vorüberlegungen in einem wasserrechtlichen Mandat . . . . .	1879
I.	International . . . . .	1880
II.	Europarecht . . . . .	1880
III.	Bundesrecht nach der Föderalismusreform . . . . .	1881
IV.	Wassergesetze der Länder . . . . .	1882
B.	Umweltschutz durch Abgaben . . . . .	1884
C.	Gewässer . . . . .	1884
D.	Repressives Verbot mit Befreiungsvorbehalt . . . . .	1884
E.	Gestaltungsformen . . . . .	1885
I.	Erlaubnis . . . . .	1885
II.	Gehobene Erlaubnis . . . . .	1886
III.	Bewilligung . . . . .	1886
IV.	Alte Rechte und Befugnisse . . . . .	1887
V.	Zulassung vorzeitigen Beginns . . . . .	1887
VI.	Planfeststellungsstellung, Duldung . . . . .	1888
VII.	Wiedererteilung einer wasserrechtlichen Gestattung, »Verlängerung« . . . . .	1889
VIII.	Kein Anspruch auf bestimmte Wassermenge und -qualität . . . . .	1889
IX.	Verfahren der Erteilung wasserrechtlicher Gestattungen . . . . .	1889
F.	Benutzungstarbestände . . . . .	1893
G.	Zwingende Versagungsgründe . . . . .	1897
H.	Bewirtschaftungsermessen . . . . .	1899
I.	Widerruf . . . . .	1900

J.	Rechtsschutz bei wasserrechtlichen Genehmigungen . . . . .	1901
I.	Rechtsschutz bei Bewilligungen . . . . .	1902
II.	Rechtsschutz bei der gehobenen Erlaubnis . . . . .	1903
III.	Rechtsschutz bei der Erlaubnis . . . . .	1903
IV.	Rechtsschutz bei Inhalts- und Nebenbestimmungen . . . . .	1903
V.	Rechtsschutz bei sofortiger Vollziehbarkeit . . . . .	1904
VI.	Rechtsschutz bei Schiefergasgewinnung/Hydraulic Fracturing Speicherung von Kohlendioxid/CCS-Technologie . . . . .	1904
VII.	Rechtsschutz bei Planfeststellungsverfahren . . . . .	1905
VIII.	»Vorbeugender« Rechtsschutz gegen zukünftige Beeinträchtigungen von Rechten Dritter . . . . .	1905
IX.	Umweltverträglichkeitsprüfung und Umweltrechtsbehelfgesetz . . . . .	1906
K.	Wasserschutzgebiete . . . . .	1906
I.	Gebührenfreiheit . . . . .	1908
II.	Vorgelagerte Standortentscheidung . . . . .	1908
III.	Duldungs- und Handlungspflichten . . . . .	1909
IV.	Festsetzungsverfahren . . . . .	1909
V.	Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche . . . . .	1910
VI.	Rechtsschutz gegen Wasserschutzgebietsverordnungen . . . . .	1911
L.	Abwasserbeseitigung . . . . .	1912
I.	Kein vergaberechtlich relevanter Vorgang . . . . .	1913
II.	Erlaubnisvoraussetzungen . . . . .	1913
III.	Dichtigkeitsprüfung von Abwasserleitungen . . . . .	1914
M.	Nutzung fremder Grundstücke durch Leitungen . . . . .	1915
N.	Haftung . . . . .	1916
O.	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen . . . . .	1917
P.	Gewässeraufsicht und repressives Einschreiten der Wasserbehörde . . . . .	1918
	<b>Kapitel 46: Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .</b>	<b>1921</b>
A.	Allgemeines Gewerberecht . . . . .	1922
I.	Begriffe . . . . .	1922
II.	Privilegiertes und sanktioniertes Verhalten . . . . .	1931
III.	Gewerbeaufsicht . . . . .	1933
IV.	Verwaltungs- und verwaltungsgerichtliches Verfahren . . . . .	1939
V.	Kammern und Interessenverbände . . . . .	1939
B.	Das Handwerksrecht . . . . .	1940
I.	Begriffe . . . . .	1940
II.	Sanktioniertes und privilegiertes Verhalten . . . . .	1946
III.	Ausbildung . . . . .	1946
IV.	Verwaltungs- und verwaltungsgerichtliches Verfahren . . . . .	1947
V.	Handwerkskammern, Innungen, Kreishandwerkerschäften . . . . .	1948
C.	Das Gaststättenrecht . . . . .	1950
I.	Begriffe . . . . .	1950
II.	Erlaubnis . . . . .	1952
III.	Sanktioniertes und privilegiertes Verhalten . . . . .	1955
IV.	Aufsicht . . . . .	1956
V.	Organisation . . . . .	1958
VI.	Verwaltungsrechtliche und -gerichtliche Besonderheiten . . . . .	1958
D.	Staatliche Beihilfen . . . . .	1958
I.	Begriffe/Grundsätzliches . . . . .	1958
II.	Abschluss des Subventionsrechts-/Beihilfeverhältnisses . . . . .	1961
III.	Rückabwicklung . . . . .	1962
IV.	Konkurrentenklagen . . . . .	1967
	<b>Kapitel 47: Schul- und Hochschulrecht . . . . .</b>	<b>1971</b>
A.	Schulrecht . . . . .	1972
I.	Überblick über das Rechtsgebiet . . . . .	1972

II.	Fragen der Schulpflicht . . . . .	1974
III.	Fragen der Schul- und Fächerwahl. . . . .	1981
IV.	Fragen der Schulordnung und der Schulverfassung. . . . .	1992
V.	Fragen schulischer Prüfungen . . . . .	1998
VI.	Fragen der Finanzierung. . . . .	2007
B.	Hochschulrecht . . . . .	2011
I.	Überblick über das Rechtsgebiet . . . . .	2011
II.	Hochschulzulassungsrecht. . . . .	2012
III.	Hochschulprüfungsrecht . . . . .	2027
<b>Kapitel 48: Luftverkehrsrecht . . . . .</b>		<b>2051</b>
A.	Anlage, Ausbau und Genehmigung von Flughäfen und Landeplätzen . . . . .	2053
I.	Landesplanerische und Raumordnungsrechtliche Grundlagen für die Anlage von Flughäfen und Landeplätzen . . . . .	2053
II.	Planung und Genehmigung von Flughäfen und Verkehrslandeplätzen . . . . .	2061
III.	Erteilung, Änderung und Widerruf der luftverkehrsrechtlichen Genehmigung . . . . .	2121
IV.	Planung, Genehmigung und Ausbau von einfachen Landeplätzen . . . . .	2143
B.	Festsetzung von »Flugrouten«. . . . .	2161
I.	Rechtsnatur der Flugroutenfestsetzung . . . . .	2162
II.	Rechtsschutz gegen die Festsetzung von Flugrouten . . . . .	2166
<b>Kapitel 49: Straßenrecht . . . . .</b>		<b>2175</b>
A.	Einleitung . . . . .	2177
I.	Zum Straßen- und Wegerecht . . . . .	2177
II.	Fernstraßengesetz als Leitnorm. . . . .	2177
B.	Sachstatus, Einteilung der öffentlichen Straßen . . . . .	2178
I.	Öffentliche Straßen als öffentliche Sachen . . . . .	2178
II.	Einteilung der öffentlichen Straßen . . . . .	2179
C.	Träger der Straßenbaulast, Verwaltung . . . . .	2180
I.	Träger der Straßenbaulast. . . . .	2180
II.	Straßenbauverwaltung, Straßenaufsicht. . . . .	2181
D.	Straßenbaulast und weitere Pflichten . . . . .	2183
I.	Straßenbaulast. . . . .	2183
II.	Reinigungs-, Winterdienst- und Beleuchtungspflichten . . . . .	2184
III.	Straßenverkehrssicherungspflicht . . . . .	2187
IV.	Schadensersatzpflicht aus Amtshaftung . . . . .	2189
E.	Widmung, Umstufung und Einziehung. . . . .	2194
I.	Widmung . . . . .	2194
II.	Umstufung . . . . .	2197
III.	Einziehung. . . . .	2198
IV.	Nachträgliche Widmungsänderung . . . . .	2199
F.	Benutzung öffentlicher Straßen. . . . .	2200
I.	Öffentliche Straße als Mehrzweckinstitut. . . . .	2200
II.	Gemeingebrauch . . . . .	2200
III.	Anliegergebrauch . . . . .	2204
IV.	Sondernutzung . . . . .	2206
V.	Sonstige Straßenbenutzung . . . . .	2210
G.	Straßenplanung . . . . .	2212
I.	Fachplanung. . . . .	2212
II.	Vorbereitende Straßenplanung. . . . .	2212
III.	Straßenrechtliche Planfeststellung . . . . .	2214
IV.	Plangenehmigung, verfahrensfreie Vorhaben . . . . .	2224
V.	Straßenplanung durch Bebauungsplan . . . . .	2226
H.	Nachbarrecht der öffentlichen Straßen . . . . .	2227
I.	Schutz der Straßenfunktion. . . . .	2227
II.	Schutz der Straßennachbarn vor Verkehrsimmissionen . . . . .	2230

<b>Kapitel 50: Fahrerlaubnisrecht</b>	2237
A. Allgemeines	2238
B. Erwerb der Fahrerlaubnis	2239
I. Rechtsgrundlagen	2239
II. Fahrerlaubnisklassen, Geltungsdauer und Verlängerung	2240
III. Führerscheinprüfung	2242
C. Fahrerlaubnis auf Probe	2244
I. Dauer der Probezeit und Verlängerung	2245
II. Fahrerlaubnismaßnahmen während der Probezeit	2245
III. Rechtsmittel	2248
D. Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen	2249
I. Rechtsgrundlagen	2249
II. Eignungszweifel	2253
III. Fahrerlaubnisentziehung	2296
E. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Verwaltungsverfahren und Verwaltungsverfahren	2313
I. Rechtsmittel gegen Begutachtungsanordnung	2313
II. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen abschließende Entscheidungen	2316
F. Gültigkeit und Anerkennung ausländischer Fahrerlaubnisse	2320
I. Allgemeine Voraussetzungen für die Gültigkeit und Anerkennung ausländischer Fahrerlaubnisse	2320
II. Anerkennung Fahrerlaubnisse der EU und des EWR	2321
III. Führerscheintourismus	2322
IV. Konsequenzen des Missbrauchs der EU-Fahrerlaubnis und der Verletzung von Umschreibungspflichten	2324
<b>Kapitel 51: Staatliche Beihilfen</b>	2325
A. Beihilfetatbestand und Ausnahmen	2326
I. Grundmerkmale	2326
II. Weites Verständnis der Begünstigung	2327
III. Fehlen marktgerechter Gegenleistung oder allgemeiner kompensierender Belastung	2329
IV. Formenvielfalt	2329
V. Market-Economy-Investor-Test	2330
B. Selektive staatliche Begünstigung	2331
I. Begrenzende Funktionen	2331
II. Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen	2331
III. Selektive Begünstigung	2332
IV. Das Urteil PreussenElektra	2333
C. Wettbewerbsbezogene Begrenzungen	2333
I. Beeinträchtigende Wirkung als weitere Verengung	2333
II. Rule of Reason und Wettbewerbsförderung	2334
III. Räumlicher Anwendungsbereich	2335
D. Rechtfertigende Ausnahmen	2335
I. Einordnung	2335
II. Zwingende und fakultative Einzelausnahmen	2336
III. Ermessensbindung durch Leitlinien und Unionsrahmen	2338
IV. Gruppenfreistellungsverordnungen	2342
V. Zusammenfassende Checkliste	2344
E. Bedeutung für nationale Beihilfen	2345
I. Umfassende Kontrolle	2345
II. Anmeldeverfahren	2345
F. Beihilfeverfahrensverordnung	2346
I. Erfasste Beihilfetypen	2346
II. Das Genehmigungsverfahren	2347
III. Die Kontrollverfahren	2348
IV. Bestehende Beihilferegelungen	2350
V. Nach einer Entscheidung	2350

G.	Rücknahme von Beihilfen . . . . .	2351
I.	Grundsätzliche Rücknahme. . . . .	2351
II.	Vertrauensschutz . . . . .	2352
III.	Unmöglichkeit . . . . .	2353
IV.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	2353
V.	Offensichtliche Gegenstandslosigkeit . . . . .	2354
VI.	Zeitliche Beschränkung . . . . .	2354
H.	Vollzug durch nationale Behörden . . . . .	2354
I.	Effektive und sofortige Rückforderung . . . . .	2354
II.	Verwaltungsakt . . . . .	2355
III.	Vertragliche Ansprüche . . . . .	2358
I.	Unionsbeihilfen . . . . .	2362
I.	Nationaler Vollzug . . . . .	2362
II.	Vertrauensschutz . . . . .	2362
J.	Rechtsschutz in Beihilfesachen . . . . .	2363
I.	Allgemeiner Rahmen. . . . .	2363
II.	Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der EU . . . . .	2364
III.	Rechtsschutz vor nationalen Gerichten . . . . .	2372
	<b>Stichwortverzeichnis. . . . .</b>	<b>2377</b>